

11. Oktober 2008
Der Standard

Achtung, Baustelle: Wo die Regierung anpacken muss

Wer auch immer Österreich künftig regiert, muss schleunigst handeln - Der STANDARD hat eine **To-do-Liste** zusammengestellt

Gesundheit:

Im Februar, spätestens im März nächsten Jahres, wird es so weit sein. Dann steht die Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) vor dem Bankrott, wenn die Regierung nicht handelt. Andere Kassen könnten folgen, bei den Wienern ist das Finanzloch aber am größten. 540 Millionen Euro betragen die Schulden im Sommer, Tendenz steigend.

Der Bund müsste nächstes Jahr eine Ausfallhaftung für die Kassen übernehmen, damit diese weitere Kredite aufnehmen können - oder Geld zuschießen. Genau das war (unter anderem) in einem Kassensanierungspaket geplant, das aber im Sommer im Parlament scheiterte. Auf die bereits beschlossene Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente können sich die künftigen Koalitionäre nicht rausreden, warnen Kassenvertreter: Diese sei ein Tropfen auf den heißen Stein. Für die WGKK bringt das 2009 rund 50 Millionen Euro Ersparnis, hat man dort errechnet.

Abgesehen vom Kassendefizit muss sich die Regierung der Entkomplizierung des Gesundheitssystems widmen. Die Finanzierung der gesamten Versorgung aus einer Hand würde das System deutlich effizienter machen, ohne es für die Patienten zu verschlechtern, sagen Experten. Von einer großen Reform müssten freilich nicht nur widerspenstige Landespolitiker, sondern auch zahlreiche Player im System - von den Ärzten bis zur Pharmaindustrie - überzeugt werden.

Klimaschutz:

Die neue Regierung müsste bloß die Autos abschaffen und die Straßen sperren. Dann hätte Österreich den Ausstoß von Treibhausgasen mit einem Schlag um das vom Kioto-Protokoll verlangte Ausmaß reduziert. "Wir stoßen jährlich um 20 Millionen Tonnen zu viel aus", sagt der **Umweltökonom Stefan Schleicher**: "Legen wir den Verkehr still, hätten wir die Ziele erreicht."

Der Realist Schleicher **wäre freilich schon mit ersten, ernsthaften Schritten glücklich. Investitionen in den öffentlichen Verkehr mahnt er ein, damit die Leute wirklich umsteigen.** Und trotz aller Jammerei über die gesalzenen Benzinpreise fordert Schleicher eine höhere Mineralölsteuer, um den Tanktourismus, der 20 Prozent der Verkehrsemissionen ausmache, einzudämmen. Im Gegenzug sollten freilich Fixsteuern gesenkt werden, so dass sich ein Autofahrer, der im Jahr auf weniger als 12.000 Kilometer kommt, sogar etwas erspare.

Zweites Problem: Die zugigen Nachkriegsbauten sind Energiefresser, weshalb die drei Milliarden Euro schwere Wohnbauförderung gezielt in Altbausanierung und Niedrigenergiehäuser fließen müssten. Andere, rasch realisierbare Idee: Wer eine ökofreundliche Heizung einbaut oder die Fenster erneuert, kassiert einen Steuerbonus.

Drittens müsste eine Regierung effiziente Technologien für die Produktion von Strom und Wärme fördern, sagt Schleicher: "Da sind wir Nachzügler."

Investitionen:

Die Börsenkurse fallen, die Arbeitslosenzahlen steigen: Es drohen schwere Zeiten, auch in Österreich. Wie reagieren? **"Wachstum fördern, in die Zukunft investieren", sagt der Wirtschaftsforscher Karl Aiginger, warnt aber vor "Blitzaktionen" à la Mehrwertsteuersenkung oder Bauprogrammen für überflüssige Autobahnen.** Stattdessen sollten einige hundert Millionen in die Bildung fließen, sagt Aiginger: "Am wichtigsten ist das verpflichtende Kindergartenjahr, das gratis sein sollte." Davon würden auch Zuwandererkinder profitieren, die sich mit der Sprache plagen und später schwer einen Job finden. Auch am oberen Ende, bei den Unis, fehle Geld, aber nicht nur das: "Es ist absurd, dass es einen Mangel an Technikern gibt, während Absolventen anderer Studien ihren Lebtage keine Vollzeitstelle bekommen", sagt Aiginger: "Ich wäre deshalb für differenzierte Studiengebühren gewesen. Das Mindeste ist aber ein Infosystem über Berufschancen."

"Jedes Jahr, das verlorengeht, rächt sich", mahnt auch Ulrich Schuh vom Institut für Höhere Studien "entschlossene Bildungsreformen" ein. Abgesehen von konjunkturfördernden Maßnahmen müsse eine Regierung das Arbeitsmarktservice für den zu befürchtenden Ansturm neuer Arbeitsloser "wappnen", nicht nur mit mehr Geld. Schuh schlägt unterschiedliche Versicherungsbeiträge vor, womit Unternehmen, die Mitarbeiter vorschnell stempeln schicken, sanktioniert würden. Außerdem müsse sich die künftige Koalition wohl oder übel einer Pensionsreform widmen: "Bei der notwendigen Anhebung des Pensionsalters gibt es kaum Fortschritt."

Staatsreform:

Noch jede Regierung hatte sie auf ihrer To-do-Liste - weil die jeweiligen Vorgänger stets gescheitert waren. Der künftigen Koalition wird es nicht anders ergehen: Auch sie muss sich den Kopf zerbrechen, wie man das Staatsgefüge neu organisieren könnte, um es leistungsfähiger und billiger zu machen.

Das Grundproblem hat einen Namen: Föderalismus. Die Kompetenzen zwischen Bundesverwaltung und den Ländern sind nach einem undurchsichtigen System zersplittert, das kluge Planung erschwert. Unterschiedliche Rechtsvorschriften behindern Unternehmen, öffentliche Institutionen arbeiten aneinander vorbei. Die Landeshauptleute geben Geld aus, das sie nicht selbst eingenommen haben, was auch nicht die Effizienz fördert.

Die vergangenen Regierungen haben mit viel Aufwand wenig erreicht. Zwar war eine eigene Expertengruppe angetreten, um der Republik einen bürgerfreundlichen und kostengünstigen Bauplan zu verpassen. Der konkrete Entwurf hat die Kompetenzstreitigkeiten, wie Rechnungshofpräsident Josef Moser kritisiert, allerdings vielfach "perpetuiert" und "die Angelegenheit in manchen Bereichen sogar noch komplizierter gemacht".

Gelänge der große Wurf, könnte die Republik bis zu 3,5 Milliarden Euro einsparen, rechnen Experten vor. Realisten wissen aber: Schon eine Milliarde wäre ein Riesenerfolg.

Steuerreform:

Sie steht auf der Agenda jeder Partei: Eine Steuerreform, die dem Mittelstand Geld ersparen soll. Aber geht sich die angepeilte Entlastung von drei Milliarden Euro nach den vielen Wahlgeschenken überhaupt aus? "Sie muss sich ausgehen", sagt Karl Aiginger, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts: "Drei Milliarden sind die absolute Untergrenze. Sonst wird nicht

einmal die Inflation abgegolten." Aiginger empfiehlt aber nicht nur Entlastungen, sondern auch neue Steuern auf den Wertzuwachs von Vermögen: "Eine Gerechtigkeitsfrage, die sich mehr denn je stellt. Auch wenn wir wegen der Krise im ersten Jahr vielleicht nicht viel Geld einnehmen." Der Deal, den der Wirtschaftsforscher vorschlägt: Wohlhabende sollen mehr für ihr Vermögen abliefern, dafür aber von einem niedrigeren Spitzensteuersatz profitieren - was auch dem Grundgedanken, die Kosten für Arbeit zu senken, entspräche.

Insgesamt veranschlagt Aiginger fünf Milliarden Euro brutto; jeweils eine Milliarde solle sich der Staat über die vermögensbezogene Steuern und mehr Effizienz (siehe Staatsreform) zurückholen. Wie man verhindern könne, dass die Inflation alles auffrisst? "Mit mehr Wettbewerb", sagt Aiginger: "Es ist lächerlich, dass Kunden im Internet oft nicht vergleichen können, was ein Produkt wo kostet. Was Webseiten wie geizhals.at können, müssen doch auch die Behörden schaffen." (Andrea Heigl, Gerald John/DER STANDARD Printausgabe, 11./12. Oktober 2008)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=1220460538060>